

Des Insiders Blick auf Zürichs Immobilienmarkt Seite 16 | Parteispender sollen nicht öffentlich werden Seite 17 | Hauseigentümergeverband setzt sich für Wohnungskäufer ein Seite 17 | Schwermetall für den Mainstream Seite 19

## Bürgerliche wollen Enteignungen verhindern

Die Kantonsratskommission will den Seeuferweg-Gegenvorschlag des Regierungsrats abschwächen

Hinter den Kulissen ist das Gerangel um die Seeuferweg-Vorlage gross. Die zuständige Kantonsratskommission will den Gegenvorschlag der Regierung abschwächen. Die SP reagiert geharnischt – und droht mit dem Referendum.

Andreas Schürer

Die Schlussabstimmung steht zwar noch bevor, doch die Stimmung ist so gereizt, als stünde das Resultat schon fest. Die Mehrheit der kantonsrätlichen Kommission für Planung und Bau (KPB) stellt sich laut gut unterrichteten Quellen hinter einen Antrag der FDP, der darauf abzielt, den Gegenvorschlag der Regierung zur Seeuferweg-Vorlage abzuschwächen. Die SP ist empört.

### Ausnahmen klar definieren

Die Regierung schlägt als Antwort auf die inzwischen zurückgezogenen Volksinitiativen der SP und der EVP vor, dass jährlich 6 Millionen Franken für den Bau von Uferwegen gemäss den Richtlinien verwendet werden, mindestens 4 Millionen Franken davon für Projekte am Zürichsee. Die Gemeinden sollen zudem laut dem Vorschlag des Regierungsrats 20 Prozent der Baukosten übernehmen.

FDP, CVP, BDP und GLP sind nun aber daran, in der KPB zwei wesentliche Anpassungen durchzusetzen. Erstens soll im Strassengesetz festgeschrieben werden, dass der Weg möglichst ohne Enteignungen verwirklicht werden muss. Zulässig sollen diese laut dem Antrag von Carmen Walker Späh (fdp., Zürich) nur sein, wenn die Auswirkungen auf das Grundstück gering wären und eine alternative Wegführung unverhältnismässig wäre. Zweitens sollen die Gemeinden auch bei den Landerwerbskosten 20 Prozent zahlen müssen. Die SVP unterstützt den Antrag nicht, weil sie die Vorlage grundsätzlich ablehnt.

Walker Späh selber will mit Verweis auf das Kommissionsgeheimnis keine Auskunft geben. Die Recherchen der NZZ bestätigen aber die Fraktionschefs der CVP und der BDP, Philipp Kutter und Marcel Lenggenhager. Kutter, der auch Stadtpräsident von Wädenswil ist, kann mit der grösseren Belastung der



Idylle am See zwischen Wädenswil und Richterswil – weniger harmonisch verläuft die Debatte zum Uferweg.

WALTER BIERI / KEYSTONE

Gemeinden leben. Lenggenhager betont, die BDP stehe zu 100 Prozent hinter dem Antrag der FDP.

Dass dieser die Haltung der ganzen freisinnigen Fraktion widerspiegeln, bestätigt deren Präsident, Thomas Vogel. In dem dringlichen Postulat «Seeuferwege ohne Enteignungen» habe die FDP dies auch schon zum Ausdruck gebracht. Nicht äussern will sich der Fraktionschef der GLP, Benno Scherrer. Er staune, was nun schon alles öffentlich sei, und halte das in diesem heiklen Geschäft für kontraproduktiv.

In der KPB nicht vertreten ist die EVP, die wie die SP mit einer Volksinitiative auf einen Seeuferweg dränge. Für die geplanten Anpassungen der KPB-Mehrheit hat der EVP-Präsident, Johannes Zollinger, aber Verständnis. Dass die Gemeinden stärker zur Kasse gebeten würden, könne er aus kantonaler Sicht nachvollziehen. Enteignungen dürften zudem auch nach Ansicht der EVP nur die Ultima Ratio sein.

Zurückhaltend äussert sich der Verein Fair, der einen durchgehenden Uferweg grundsätzlich bekämpft. Für Ruedi Jeker (fdp.), Vereinspräsident und Alt-Regierungsrat, ist jede Version inakzeptabel, die einen Rundweg verlangt und die Verwirklichung an die Richtlinien knüpft, in denen der Seeuferweg in Ufernähe vorgesehen ist. Jeker erachtet dies als eine Zwängerei, die den Steuerzahler teuer zu stehen komme. Mit andern Worten: Auch gegen eine Version, wie sie die KPB-Mehrheit nun anstrebt, würde der Verein Fair das Referendum ergreifen, sagt Jeker.

### SP mahnt Kommission

Verärgert über den Antrag der FDP ist die SP. Diese fühle sich hintergangen, weil ihre als allgemeine Anregung formulierte Initiative mehr und mehr verwässert werde, ist von verschiedenen Seiten zu hören. Gelassen gibt sich aber Julia Gerber Rüegg, SP-Kantonsrätin

und Präsidentin des Vereins Zürichsee für alle. Sie beurteile den Tag nicht vor dem Abend und zähle darauf, dass die Kommission ihre Verantwortung gegenüber den über 12 000 Leuten wahrnehme, die mit ihrer Unterschrift zu den Initiativen der SP und der EVP einen Seeuferweg gefordert hätten, der diesen Namen verdiene. Sollten die Bürgerlichen die Eigentumsfrage aber tatsächlich ungebührlich ideologisieren, gebe es auch die Option, den Gegenvorschlag der Regierung, der einen ausgewogenen Kompromiss darstelle, vor das Volk zu bringen. Dafür brauchte es allerdings ein Referendum.

Dieser Weg ist auch in der SP nicht unumstritten. Kantonsrat Davide Loss warnt davor, ein zweites Mal Unterschriften sammeln zu gehen. Auch wenn er mit dem FDP-Antrag nicht glücklich sei, plädiere er dafür, «sich mit dem Spatz in der Hand» zufriedenzugeben und in der Umsetzung für die Bevölkerung das Optimum herauszuholen.

## Eine Frage der Relevanz

Kritik am Zürcher Stadionprojekt

mbm. · Er war und ist immer noch für ein Bonmot gut, für eine pointierte Aussage oder gar für einen Tritt ins Fettnäpfchen. Alt-Stadtpräsident Elmar Ledergerber nimmt selten ein Blatt vor den Mund und bezeichnete zum Beispiel die Führungsriege der VCS-Sektion Zürich als Öko-Terroristen, weil sie das von Credit Suisse und der Stadt Zürich auf dem Hardturmareal projektierte fünfeckige Stadion hartnäckig und schliesslich erfolgreich bekämpfte.

Die neueste Aussage Ledergerbers, die höhere Wellen schlägt, hat er am Freitagabend in einer Live-Fernsehsendung über Zürich-West gemacht. Vorlaufender Kamera sagte der heutige Präsident von Zürich Tourismus, dass er wegen des Hooligan-Problems nicht mehr bereit sei, Millionen und Millionen von Franken in ein neues Fussballstadion zu stecken. Ausserdem störte sich Ledergerber an der geplanten Finanzierung, wonach die Stadt Zürich die rund 220 Millionen Franken selber bezahlt. Stossend sei überdies, dass die zwei Fussballklubs FCZ und GCZ sich weder an der Finanzierung beteiligten noch energisch genug gegen den Hooliganismus vorgehen.

Dabei war am Fernsehen nicht klar ersichtlich, ob Ledergerber seine private Meinung kundtat – oder die offizielle Haltung von Zürich Tourismus. Am Montag war er für eine Stellungnahme zur Klärung dieser Frage nicht erreichbar. Dafür nahm Martin Sturzenegger, Direktor von Zürich Tourismus, Stellung.



Elmar Ledergerber  
Präsident Zürich Tourismus

lung, wenn auch ziemlich sibyllinisch. Dabei warf er die Frage nach der Relevanz für den Tourismus auf. Laut Sturzenegger ist das Fussballstadion auf dem Hardturmareal ein sehr wichtiges Thema für die Zürcherinnen und Zürcher. Dessen direkte touristische Relevanz sei allerdings gering. Aus diesem Grund wolle sich Zürich Tourismus zum Stadionprojekt nicht äussern.

Meinung und Debatte, Seite 21

## Keine Köpfe, wenig Inhalt

Auf nationaler Ebene ist die BDP in aller Munde, in der Stadt Zürich fristet die Partei auch vor den Wahlen ein Schattendasein

Bei den Wahlen in den Zürcher Gemeinderat im Frühjahr 2014 wird zum ersten Mal auch die BDP teilnehmen. Bisher blieb die Partei aber fast unbemerkt. Und die andern Bürgerlichen zeigen ihr die kalte Schulter.

Fabian Baumgartner

Der Gegensatz könnte kaum grösser sein: Auf nationaler Ebene führt derzeit kaum ein Weg an der BDP und ihrer Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf vorbei. Besonders im Zusammenhang mit der Zukunft des Schweizerischen Finanzplatzes stehen Parteipolitiker immer wieder im medialen Fokus. Im Vergleich dazu ist die Partei in der Stadt Zürich bis jetzt praktisch inexistent.

### Kampf um Aufmerksamkeit

Trotzdem will sie 2014 in Zürich Fuss fassen und in den Gemeinderat einziehen. Zürich ist für bürgerliche Parteien allerdings ein hartes Pflaster, wie sich

zuletzt im April bei den Ersatzwahlen in den Stadtrat gezeigt hat. Noch schwieriger wird es, wenn man – wie die BDP – nicht im Parlament vertreten ist. Überhaupt hat die Partei in Städten bisher kaum Stricke zerrissen. Einzig in der Stadt Bern erreichte die BDP Fraktionsstärke, in St. Gallen errang sie im letzten Jahr immerhin einen Sitz.

Erst 2012 wurde in der Limmatstadt eine Sektion aus der Taufe gehoben. In der Öffentlichkeit blieb dies aber weitgehend unbemerkt. Um auf sich aufmerksam zu machen, lancierte die BDP Stadt Zürich deshalb im September 2012 ihre erste Petition. Unter dem Titel «Suubers Züri» verlangte sie die Wiedereinführung einer berittenen Stadtpolizei. Diese sollte am Seeufer patrouillieren und mit ihrer Präsenz Littering und Rowdytum eindämmen. Rund 1200 Personen hatten die Petition unterschrieben, der Stadtrat lehnte den Vorschlag aber aus finanziellen Überlegungen ab.

Der Einzug ins Parlament sei durchaus realistisch, findet Wolfgang Kweitel, Vorstandsmitglied der städtischen BDP. Dafür muss die Partei in einem Wahlkreis die 5-Prozent-Hürde übersprin-

gen. Hoffnung schöpft der 30-jährige Politikwissenschaftler aus den Resultaten der letzten Wahlen, bei denen die BDP in der Stadt Zürich noch nicht über eine eigene Sektion verfügte. Doch die Partei erreichte bei den Nationalratswahlen 2011 in der Stadt Zürich einen Wähleranteil von rund 3 Prozent und im Kreis 12 sogar beachtliche 4,57 Prozent. Im Stillen hoffen die Verantwortlichen wohl auch ein wenig auf eine Wiederholung des Wahlerfolgs bei den Kantonsratswahlen 2011. Damals gelang der BDP praktisch aus dem Nichts der Einzug in das kantonale Parlament – sie erreichte einen Wähleranteil von 3,5 Prozent und gewann sechs Sitze.

Kauft der Wähler mit der BDP die Katze im Sack? Überhaupt nicht, findet Kweitel, bleibt dann aber im Ungefähren. Mit welchen Themen die Partei in den Wahlkampf steigen wolle, müsse intern noch abgesprochen werden. «Ein entsprechendes Papier fassen wir erst nach den Sommerferien.» Es bleibt daher bis auf weiteres bei allgemeinen Aussagen. Man politisiere pragmatisch und betreibe keine Fundamentalopposition, erklärt Kweitel. Ihm schwebten

als Schwerpunkte für den Wahlkampf der BDP die Themen Sicherheit, Sauberkeit und Raumplanung vor. «Zudem sind wir als neue Partei nicht vorbelastet und können frische Ideen einbringen.» Kweitel nennt als Beispiele die Diskussion um das Kasernenareal oder das Globusprovisorium. Mit Blick auf die Wahllisten fügt er hinzu: «Wir werden wohl keine vollen Listen präsentieren.» Doch das sei nicht weiter schlimm. «Es braucht hier Mut zur Lücke.»

### Kein Stadtratskandidat

Im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Jahr fasst die BDP auch eine Zusammenarbeit mit den andern bürgerlichen Parteien ins Auge: «Eine Bündelung der Kräfte des bürgerlichen Lagers ist eine Notwendigkeit», sagt Kweitel. Das habe der «Betriebsunfall Wolff» gezeigt.

Die möglichen Koalitionspartner zeigen der Partei allerdings die kalte Schulter. Für Markus Hungerbühler, Präsident der CVP Stadt Zürich, ist ein gemeinsamer Wahlkampf kein Thema. Er kenne weder die Exponenten der städtischen BDP noch deren Programm.

«Das Beispiel der Grünliberalen hat zwar gezeigt, dass man auch ohne Programm in den Gemeinderat einziehen kann, grosse Sorgen mache ich mir wegen der Konkurrenz einsteilen aber nicht», sagt Hungerbühler.

Auch FDP und SVP reagieren gelassen auf die neue Konkurrenz. Die BDP komme schlicht zu spät, sagt FDP-Präsident Michael Baumer. Deren Platz hätten bereits die Grünliberalen besetzt. Eine Zusammenarbeit sei kein Thema, sagt auch SVP-Präsident Roger Liebi. Zudem sei sie zu stark vom Schicksal Widmer-Schlumpfs abhängig. Einig sind sich beide, dass eine weitere Partei im Parlament zu einer weiteren Zersplitterung der Kräfte führen würde. «Das wäre sicher nicht erfreulich», sagt Liebi.

Im Gegensatz zu andern Kleinparteien – etwa den Schweizer Demokraten – will die BDP auf eine Teilnahme an den Stadtratswahlen verzichten. «Wir wollen stattdessen pragmatische Kandidaten der bürgerlichen Mitte unterstützen», sagt Kweitel. Persönlich könne er sich auch vorstellen, einen Kandidaten der SVP zu unterstützen. Die Kandidatur müsse aber ernst gemeint sein.